

GUTACHTEN

Bundesfachschaftentagung 2022

Reform des Jurastudiums

Workshop Nr. 2

Julia Gundert

Alessandra von Krause

BRF

Bundesverband
rechtswissenschaftlicher
Fachschaften e.V.

Inhaltsverzeichnis

A.	Problemaufriss	1
B.	Ausgangspunkt des Workshops	2
C.	Historische Grundlagen	4
I.	Dreistufige Ausbildung ab 1750	4
II.	Zweistufige Ausbildung ab 1869	4
III.	Ausbildungsordnung von 1923	4
IV.	Experiment der einstufigen Ausbildung	5
V.	Heutige Ausbildung	6
VI.	Zwischenfazit	6
D.	Alternative Studienverlaufsmodelle	7
I.	Modelle des BRF aus 2017	7
1.	Modell 1: Einstufige juristische Ausbildung	7
2.	Modell 2: Zweistufige juristische Ausbildung	7
II.	Ausländische Modelle	8
E.	Reformüberlegungen	8
I.	Struktur & Aufbau	8
1.	Staatliche Prüfungen vs. universitäre Prüfungen	8
2.	Integration in das Bologna-System	10
3.	Einheitsjurist:innen vs. Ausbildung nach Fachsäulen oder Berufen	11
II.	Studieninhalte	12
1.	Pflichtfachstoff	12
2.	Strukturierung der Ausbildung	13
3.	Vorbereitung auf die Abschlussprüfungen	14
4.	Spezialisierung	15
5.	Praxisbezug in der Ausbildung	16
6.	Internationalisierung	17
7.	Sonstige Inhalte	17
III.	Prüfungen & Leistungsnachweise	19
1.	Abschlussprüfungen	19
a.	Prüfungsleistungen	19
b.	Zusammensetzung einer Gesamtnote	19
c.	Prüfungsumstände	20
d.	Hilfsmittel	20
2.	Leistungsnachweise in der Ausbildung	21
a.	Arten der Leistungsnachweise	21
b.	Anzahl und Verteilung	22
c.	Hilfsmittel	22

3. Benotung	22
IV. Studiengestaltung & Didaktik	24
1. Regelstudienzeit	24
2. Qualität der Lehre & Lehrveranstaltungen	25
F. Fazit & Ausblick.....	26
Impressum	27

A. Problemaufriss

Das Jurastudium ist reformbedürftig. Dies zeigt sich nicht zuletzt an der Arbeit des BRF selbst, der sich seit der ersten Bundesfachschaftentagung vor zehn Jahren mit Verbesserungsmöglichkeiten auseinandersetzt.¹ Aber auch auf anderen Ebenen tut sich etwas: Dozierende² und Politiker:innen³ diskutieren immer wieder über Reformen. Einiges wird auch umgesetzt, wie jüngst in Nordrhein-Westfalen durch die Änderung des dortigen Ausbildungsgesetzes für Jurist:innen⁴ oder in Sachsen-Anhalt durch die Einführung des sog. e-Examens.⁵ Auf Bundesebene wurde zuletzt 2019 die Regelstudienzeit auf zehn Semester erhöht und 2021 die Schlüsselkompetenzen erweitert.⁶

Die meisten Änderungen in den letzten Jahren verbesserten das Studium zwar, es ging allerdings nur in kleinen Schritten voran. Veränderungen bezogen sich in aller Regel auf das bestehende System und erfolgten punktuell, wie in NRW und RLP, jedoch selten bundesweit. Vor allem gelang seit 1869 bisher keine langfristige und umfassende Reform, bei der das Grundgerüst des Jurastudiums verändert wurde – dies hat sogar die Einführung von Bologna unbeschadet überstanden. Die einzige größere Neuerung erfolgte 2003 mit Festigung der Spezialisierungsmöglichkeiten in freiwilligen Wahlkursen durch Einführung des Schwerpunktbereichsstudiums. Und auch wenn dies mittlerweile der beliebteste Studienabschnitt für die Studierenden darstellt, bestehen immer wieder Bestrebungen, die Schwerpunktbereiche abzuschaffen und so auch diese kleine Reform rückgängig zu machen.⁷

Diese geringen Veränderungen sowie die mangelnde Reformbereitschaft seitens der Politik mögen den Anschein erwecken, dass es gar keiner Verbesserung bedarf und das aktuelle System seinen Zweck erfüllt.

¹ Tagungsbericht und Beschlussbuch der 1. BuFaTa, abrufbar unter <https://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2012/03/Beschlussbuch-und-Bericht-BuFaTa-2012-HH.pdf> (zuletzt abgerufen am 20.04.2022).

² Interview von *Marcel Schneider* bei LTO vom 27.02.2020 „Der Bachelor ist kein Verlierer-Führerschein“, abrufbar unter: <https://www.lto-karriere.de/im-job/stories/detail/interview-reform-juristen-ausbildung-jura-studium-hausaufgaben-bachelor-klausur-taktik-mindset> (zuletzt abgerufen am 04.05.2022).

³ Vgl. insb. Arbeit der Justizministerkonferenz (JuMiKo): <https://www.justiz.nrw.de/JM/jumiko/beschluesse/index.php> (zuletzt abgerufen am 04.05.2022).

⁴ JAG NRW in der Fassung vom 01.01.2023: https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?bes_id=47987&bes_ab=01012023&show_preview=0; Gesetzesentwurf zum JAG NRW, Landtags-Drs. 17/13357: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-13357.pdf>; Kritik der Landesfachschaft NRW: <https://landesfachschaft.de/2021/11/jag-aenderungsbeschlossen-wichtige-reformen-bleiben-aus/> (alle Links zuletzt abgerufen am 04.05.2022).

⁵ Siehe z.B. Merkblatt des LJPA Sachsen-Anhalt, Stand Juni 2019: https://ljpasachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MJ/MJ/ljpa/zjs-merk-eklausur.pdf (zuletzt abgerufen am 04.05.2022). Das e-Examen beschreibt die Anfertigung der schriftlichen staatlichen Prüfungen an einem digitalen Endgerät wie Laptop oder PC.

⁶ Vgl. BT-Drs. 19/8581, abrufbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/085/1908581.pdf> (zuletzt abgerufen am 04.05.2022).

⁷ Vgl. zuletzt Beschluss der JuMiKo vom 07.11.2019, abrufbar unter: https://www.justiz.nrw.de/JM/jumiko/beschluesse/2019/Herbstkonferenz_2019/I-12_Bericht_Juristische_Pruefung_NW_Alternative_RP_ohne.pdf. Ausführliche Darstellung des BRF unter: <https://bundesfachschaft.de/schwerpunkt/> (zuletzt abgerufen am 04.05.2022).

Doch der Unmut über die Jurist:innenausbildung ist nach wie vor groß. Deutlich wird dies durch die Ergebnisse der jüngsten bundesweiten Absolvent:innenbefragung: Demnach sind etwa ein Drittel der Jurastudierenden unzufrieden bis sehr unzufrieden mit Aufbau und Verlauf des Studiums insgesamt.⁸ Über 55% bewerten den Prüfungsdruck als extrem hoch; weitere 35% als sehr hoch.⁹ Nur 6,2 % geben an, dass die Hochschule sie gut auf die staatliche Pflichtfachprüfung vorbereitet habe; dagegen fühlen sich 23,8 % überhaupt nicht vorbereitet.¹⁰ Dies resultiert schließlich darin, dass nur etwa 38 % das Jurastudium an ihrer Hochschule weiterempfehlen würden; 34 % würden keine Empfehlung aussprechen.¹¹ Und diese Zahlen spiegeln nur die Meinung der aktiven Studierenden oder Absolvent:innen wider. Außer Acht gelassen werden dabei die 24 % der Studierenden, die ihr Studium vorzeitig abbrechen.¹² Ein Viertel dieser Studienabbrüche findet erst nach dem zehnten Semester statt.¹³

B. Ausgangspunkt des Workshops

Der Reformbedarf ist geblieben. Der BRF kritisiert an der juristischen Ausbildung vor allem den mangelnden Fokus auf systematische Lehre und den Erfolg der kommerziellen Repetitorien.¹⁴ Letztere sind ein deutliches Zeichen dafür, dass sich die Studierenden durch die Hochschulen nicht ausreichend vorbereitet fühlen, wobei nicht eindeutig ist, ob dies vor allem dem hohen psychischen Druck oder mangelhafter inhaltlicher Lehre geschuldet ist. Vermutlich tragen beide Faktoren dazu bei.

Um sowohl den psychischen Druck nachhaltig zu senken als auch die Lehre systematischer zu gestalten und so langfristig das Jurastudium für alle zu verbessern, bedarf es einer größeren Reform. Die vergangenen Jahrzehnte und Jahrhunderte haben gezeigt, dass es nicht genügt, kleine Stellschrauben zu verändern. Vielmehr muss der ganze Motor neu gebaut werden.

Der Workshop auf der 11. Bundesfachschaftentagung zur „Reform des Jurastudiums“ nimmt nun diese große Reform in Angriff. Die Idee hinter dem Workshop ist daher nicht – im Gegensatz zu den „üblichen“ BRF-Workshops – einzelne Abschnitte des Studiums in den Blick zu nehmen, sondern das Studium als Ganzes zu betrachten.

⁸ S. 17, Abbildung 19, Abschlussbericht der 4. Absolvent:innenbefragung des BRF, abrufbar unter: <https://bundesfachschaft.de/akk/absolventenbefragung/> (zuletzt abgerufen am 04.05.2022).

⁹ Ebd. S. 28, Abbildung 38.

¹⁰ Ebd. S. 45, Abbildung 67.

¹¹ Ebd. S. 87, Abbildung 130.

¹² Heublein/Ebert/Huttsch/et al., Zwischen Studierenerwartungen und Studienwirklichkeit, 2017, Hannover.

¹³ S. 19, Abb. 3.1, Heublein/Huttsch/Kracke/Schneider, Die Ursachen des Studienabbruchs in den Studiengängen des Staatsexamens Jura, September 2017, Analyse des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, abrufbar unter: https://www.justiz.nrw/JM/schwerpunkte/juristenausbildung/gutachten_studienabbruch_jura/DZHW-Gutachten-Ursachen-Studienabbruch-Staatsexamen-Jura.pdf (zuletzt abgerufen am 04.05.2022).

¹⁴ Vgl. § 5 Grundsatzprogramm des BRF, abrufbar unter <https://bundesfachschaft.de/grundsatzprogramm/> (zuletzt abgerufen am 24.04.2022).

Um zu vermeiden, dass sich die Workshop-Teilnehmenden dabei zu sehr von dem aktuellen Modell der zweistufigen Jurist:innenausbildung (positiv wie negativ) beeinflussen lassen, soll das Pferd von hinten aufgezäumt werden:

Am Anfang steht die zentrale Frage, welche Fähigkeiten ein:e ideale:r Jurist:in am Ende der Ausbildung haben sollte. Basierend darauf kann erarbeitet werden, was gelehrt werden muss, um die Fähigkeiten zu vermitteln und wie diese abschließend überprüft werden können. Ziel des Workshops ist es, zu eruieren, ob das Jurastudium einer Reform bedarf, und konkrete Reformmodelle, etwa in Form neuer Studienverlaufspläne, zu entwickeln.

Auftrag an die Workshopteilnehmenden:

Macht Euch bitte stichwortartig Gedanken zu folgenden Fragen:

1. Welche Fähigkeiten muss ein:e ideale:r Jurist:in besitzen?
2. Welche Fähigkeiten, die aktuell gelehrt werden, muss ein:e ideale:r Jurist:in nicht besitzen?
3. Werden die benötigten Fähigkeiten in der Ausbildung vermittelt? Werden sie durch die juristischen Abschlussprüfungen angemessen nachgewiesen?

Hier ist Platz für Eure Notizen

C. Historische Grundlagen

I. Dreistufige Ausbildung ab 1750

Im 14. Jahrhundert entwickelten sich die ersten Formen einer einheitlichen juristischen Ausbildung im heutigen Deutschland. Die Abschlussprüfungen waren damals noch rein universitär.

Dies änderte sich ca. 1750 mit der Einführung der dreistufigen Jurist:innenausbildung. Das erste Examen ermöglichte den gehobenen Bürodienst, die zweite Prüfung bestand aus dem Referendariat, die dritte verlieh den Assessorentitel.¹⁵ So wurde erstmals ein praktischer Teil in die Ausbildung eingebettet.

Zulassung zu den höheren Kollegialgerichten war nur dann möglich, wenn ein zeitlich nicht festgelegter Vorbereitungsdienst sowie alle drei Examensprüfungen abgelegt waren.¹⁶

II. Zweistufige Ausbildung ab 1869

1869 wurde die Ausbildung reformiert. Statt drei Examina waren nur noch zwei erforderlich, das Referendar- und das Assessorexamen.¹⁷ Preußen entschied sich somit für den zweistufigen Weg, auf dem die heutige Ausbildung immer noch beruht. Für das Referendarexamen mussten eine sechswöchige Hausarbeit und eine mündliche Prüfung abgelegt werden.¹⁸ Es folgte ein vierjähriges (später dreijähriges) Referendariat.¹⁹ Die anschließende Assessorprüfung bestand aus einer sechswöchigen Hausarbeit, einer sechswöchigen Relation (amtlicher Bericht) und einem mündlichen Aktenvortrag. Das Assessorexamen befähigte für den Dienst als Richter:in.

1893 wurde das Referendariat um außeramtliche Übungskurse ergänzt. 1908 wurden drei verpflichtende Aufsichtsarbeiten im Referendarexamen eingeführt. Zudem mussten nun vorab drei praktische Übungen als Zulassungsvoraussetzung absolviert werden.

III. Ausbildungsordnung von 1923

1923 konkretisierte Preußen die Ausgestaltung der Jurist:innenausbildung durch eine Ausbildungsordnung und veränderte sie leicht. Sowohl das universitäre Studium als auch das Referendariat sollten fortan jeweils drei Jahre dauern.

¹⁵ Köbler, Zur Geschichte der juristischen Ausbildung in Deutschland, JZ, 26. Jahrgang, Nr. 23/24, 1971, S. 768–773.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Weinmann, Die preußische Ausbildungsordnung für Juristen vom 11. August 1923, Sack's Vorbereitungsbücherei, Berlin 1924.

¹⁸ Köbler, Zur Geschichte der juristischen Ausbildung in Deutschland, JZ, 26. Jahrgang, Nr. 23/24, 1971, S. 768–773.

¹⁹ Ebd.

Das Referendarexamen bestand aus einer häuslichen Arbeit und vier Aufsichtsarbeiten von jeweils einer Stunde sowie einer sich anschließenden zweitägigen mündlichen Prüfung, bei der der Prüfungsstoff auf zwei Tage verteilt wird.²⁰

Es folgte das Referendariat mit verschiedenen Pflichtstationen. Im Anschluss konnte die sog. „Große Staatsprüfung“ absolviert werden, die für den Zugang zum Richter:innenamt erforderlich war.

Die Große Staatsprüfung bestand ebenfalls aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Im schriftlichen Teil mussten ein wissenschaftliches Rechtsgutachten oder eine wissenschaftliche Arbeit binnen drei Wochen sowie eine praktische Arbeit (Urteilsentwurf) aufgrund von Prozessakten erstellt werden. Zusätzlich waren Aufsichtsarbeiten aus drei Rechtsfällen nach Akten zu absolvieren.

IV. Experiment der einstufigen Ausbildung

Doch schon das preußische System erntete immer wieder Kritik, die in einer experimentellen Phase in den 1970er bis 1990er Jahren mündete. Während dieser wurde eine einstufige Jurist:innenausbildung (sog. „Loccum“) erprobt. Das neue Modell wurde in Augsburg, Bremen, Hannover, Konstanz, Hamburg, Bielefeld, Trier und Bayreuth ausprobiert.

Rechtsgrundlage für die neuen Entwicklungen war die 1971 in § 5b des Deutschen Richtergesetzes (DRiG) eingeführte Experimentierklausel.²¹ Sie sollte ursprünglich schon nach zehn Jahren wieder außer Kraft treten und in dieser Zeit die Bundesländer dazu befähigen, in ihren (Landes-)Jurist:innenausbildungsgesetzen Studium sowie praktische Vorbereitung in einer praktischen Ausbildung von mindestens fünfeinhalb Jahren zusammenfassen. Das erste Examen wurde durch eine Zwischenprüfung ersetzt. Am Ende der einstufigen Ausbildung stand eine Abschlussprüfung, die – ebenso wie das zweite Staatsexamen heute – zur Ausübung des Richter:innenamts befähigte.

1985 wurde die Experimentierklausel nach einmaliger Verlängerung aufgehoben. "Sie war schlicht zu teuer, weil sie auf Kleingruppen und nicht auf Massenvorlesungen setzte. Der Betreuungsaufwand war entsprechend höher."²² Es liegen allerdings Befürchtungen nahe, dass dies nicht der einzige Grund war, vielmehr schien die CDU, die erprobte einstufige Ausbildung als minderwertig gegenüber der zweistufigen anzusehen.²³

²⁰ Weinmann, Die preußische Ausbildungsordnung für Juristen vom 11. August 1923, Sack's Vorbereitungsbucherei, Berlin 1924.

²¹ S. 5, BT-Drs. 6/1380, abrufbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/06/013/0601380.pdf> (zuletzt abgerufen am 04.05.2022).

²² Olschner, Vorbereitung auf eigene Faust, LTO vom 09.01.2020, abrufbar unter: <https://www.lto-karriere.de/jura-studium/stories/detail/examen-ohne-repetitorium-auf-eigene-faust-jurastudium-lernen-vorbereitung-juristische-pruefung> (zuletzt abgerufen am 14.05.2022).

²³ »Vom wirklichen Leben nichts« Neue Juristenausbildung nach altem Muster, Spiegel vom 06.11.1983, abrufbar unter <https://www.spiegel.de/politik/vom-wirklichen-leben-nichts-a-07fa9221-0002-0001-0000-000014022274> (zuletzt abgerufen am 14.05.2022).

V. Heutige Ausbildung

2003 wurde das erste Staatsexamen als erste Abschlussprüfung durch einen universitären Teil erweitert. Seitdem setzt sich die Gesamtnote der Ersten Juristischen Prüfung zu 30 % aus der Note der Schwerpunktbereichsprüfung und zu 70 % aus den Ergebnissen der Ersten Staatlichen Prüfung zusammen.²⁴ Mit Einführung des Schwerpunktbereichsstudiums wurde der fehlenden Wissenschaftlichkeit im Studium entgegengewirkt. Zudem sollte den Studierenden dadurch eine interessengerechte Spezialisierung ermöglicht werden.

Die heutige Ausbildung besteht klassischerweise aus dem universitären Studium und dem Referendariat. Für das Studium, inklusive Abschluss der Ersten Juristischen Prüfung, ist derzeit eine Regelstudienzeit von zehn Semestern angesetzt.²⁵ Das Studium beinhaltet vor allem eine Zwischenprüfung und das Schwerpunktbereichsstudium. Die erste Prüfung besteht in der Regel aus sechs fünfstündigen Aufsichtsarbeiten sowie einer mündlichen Prüfung, die Prüfungsstoff aus allen drei Rechtsgebieten beinhalten.

Das anschließende Referendariat dauert zwei Jahre²⁶ und wird mit der Zweiten Juristischen Prüfung abgeschlossen. Dieser Abschluss ermöglicht den Absolvent:innen die Arbeit als Richter:in, im höheren Verwaltungsdienst, in der Staatsanwaltschaft, als Rechtsanwalt:Rechtsanwältin und als Notar:in. An Prüfungsleistungen sind zwischen sieben und elf fünfstündige Aufsichtsarbeiten sowie eine mündliche Prüfung zu erbringen.

VI. Zwischenfazit

Die letzte große strukturelle Änderung war die Einführung des Schwerpunktbereichsstudiums. Seit zwanzig Jahren gab es mittlerweile also keine nennenswerten Reformen mehr und auch in den Jahrhunderten zuvor wurden Reformen eher ausgebremst als vorangetrieben.

Gleichzeitig entwickelte sich das Recht als solches immer weiter. Es kamen neue Gesetze, Rechtsgebiete, unzählige Urteile und Theorien dazu. Durch die Globalisierung und die Gründung der EU ist längst nicht mehr nur das deutsche Recht relevant. Zusätzlich sorgen die technischen Entwicklungen für neue Normen und Anwendungsfälle des Rechts. Die Prüfungsleistungen wurden entsprechend immer mehr und auch der Pflichtfachstoffkatalog immer umfangreicher. Dies spiegelt sich nicht zuletzt in der gestiegenen Studiendauer von drei Jahren (1923) auf fünf Jahren (2019) wider.

Wer also sagt, man „habe es früher auch schon schwer gehabt“, verkennt dabei die Masse an neuem Stoff, die Studierende heutzutage zu bewältigen haben.

²⁴ § 5d II 4 DRiG.

²⁵ § 5d II 1 DRiG.

²⁶ § 5b I DRiG.

D. Alternative Studienverlaufsmodelle

Im Folgenden finden sich als Anregung und Inspiration verschiedene Studienverlaufsmodelle, die Alternativen zum bisher gängigen System bilden.

I. Modelle des BRF aus 2017

Vor fünf Jahren hat sich der BRF in einem Workshop auf der Bundesfachschaftentagung 2017 in Mannheim erstmals in einem Workshop mit der Erarbeitung umfassender Reformmodelle befasst. Daraus entstanden zwei Modelle, die jeweils Staatsexamen, Bachelor of Laws und Master of Laws kombinieren.

1. Modell 1: Einstufige juristische Ausbildung

<u>1. Abschnitt:</u>	Der Erwerb von fundiertem theoretischem Wissen durch Methodik und Wissenschaftlichkeit sowie die Grundlagen der Rechtswissenschaften stehen im Fokus. Der Abschluss erfolgt mit einer Zwischenprüfung
<u>2. Abschnitt:</u>	Verzahnung von Praxis und Theorie (Ersatz des Referendariats) als integrierter Bachelor of Laws
<u>3. Abschnitt:</u>	Vertiefung u. Wiederholung des Wissens und Erwerb des Staatsexamens (es gibt nur noch ein Staatsexamen statt zwei)
<u>4. Abschnitt:</u>	Wissenschaftliche und praktische Spezialisierung (Schwerpunkt) als Masteräquivalent

2. Modell 2: Zweistufige juristische Ausbildung

<u>1. Abschnitt:</u>	Der Erwerb von fundiertem theoretischem Wissen durch Methodik und Wissenschaftlichkeit sowie die Grundlagen der Rechtswissenschaften stehen im Fokus. Der Abschluss erfolgt mit dem Bachelor of Laws .
<u>2. Abschnitt:</u>	Vertiefung und Wiederholung des Wissens und Erwerb des ersten Staatsexamens
<u>3. Abschnitt:</u>	Wissenschaftliche und praktische Spezialisierung (Schwerpunkt) als Masteräquivalent . Staatsexamen und Schwerpunkt-Master sind zusammen Eingangsvoraussetzung für das Referendariat.
<u>4. Abschnitt:</u>	Referendariat mit anschließendem zweitem Staatsexamen

II. Ausländische Modelle

Staatliche Abschlussprüfungen sind im Ausland selten.²⁷ In Europa setzen die meisten Länder auf das Bologna-System mit rein universitären Prüfungen, einem dreijährigen Bachelor-Studium und einem zweijährigen Master-Studium.

Auftrag an die Workshopteilnehmenden:

1. Kennt Ihr weitere Studienmodelle, die Ihr interessant findet?
2. Falls 1 ja: Welche Aspekte der alternativen Studienmodelle findet Ihr gut bzw. nicht so gut?

Hier ist Platz für Eure Notizen

E. Reformüberlegungen

Im Folgenden werden verschiedene Aspekte der systematischen sowie inhaltlichen Gestaltung der juristischen Ausbildung angesprochen, die in die Reformüberlegungen einzubeziehen sind und zu denen im Workshop ein Austausch stattfinden soll.

I. Struktur & Aufbau

Bevor eine Auseinandersetzung mit den Ausbildungsinhalten und der Gestaltung der Lehre erfolgen kann, müssen zunächst die Grundsätze der Struktur und des Aufbaus festgelegt werden.

1. Staatliche Prüfungen vs. universitäre Prüfungen

Derzeit wird das Studium durch zwei staatliche Prüfungen (Referendar- und Assessorexamen) abgeschlossen, wobei sich die Gesamtnote der Ersten Juristischen Prüfung zu 30 % an einer universitären Prüfung (Schwerpunktbereichsprüfung) orientiert. Diese zwei Staatsexamina sind erforderlich, um als

²⁷ In Europa verlangt bspw. Lettland eine Staatsprüfung, Quelle: <http://www.europaeische-juristenausbildung.de/Laender/lettlandframe.htm> (zuletzt abgerufen am 27.04.2022).

Richter:in, Anwalt:Anwältin, Notar:in, in der Staatsanwaltschaft oder im höheren nichttechnischen Verwaltungsdienst tätig sein zu können.

Viele europäische Länder bauen ihre juristische Ausbildung auf dem Bachelor-/Master-System auf. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass neben diesen universitären Prüfungen noch weitere staatliche Prüfungen zu absolvieren sind, um in bestimmten Berufen arbeiten zu können (z.B. Richter:in, Anwalt:Anwältin). Insofern liegt die Frage nicht fern, ob sich Deutschland hier stärker an den europäischen Nachbarländern orientieren und die staatlichen Prüfungen durch universitäre Prüfungen ersetzen oder ergänzen soll. Sofern grundsätzlich an einer Staatsprüfung festgehalten werden soll, ist zudem zu erörtern, für welche Berufe diese Abschlüsse qualifizieren sollen.

Staatliche Prüfungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie von einer Behörde abgenommen werden und für den Zugang zu bestimmten staatlichen oder staatlich überwachten Berufen erforderlich sind. Staatliche Prüfungen müssen beispielsweise auch in den Fächern Medizin, Lehramt und Pharmazie absolviert werden. Ziel ist die Einhaltung bestimmter Qualitätsstandards bei Berufen, bei denen ein öffentliches Interesse daran besteht.

Aber auch universitäre Abschlüsse wie Bachelor, Master oder Diplom können ein angemessener Qualitätsnachweis sein. Durch die Bologna-Reform wurde ein einheitliches System für universitäre Abschlüsse geschaffen, sodass diese weltweit bekannt und größtenteils international anerkannt werden.

Auftrag an die Workshopteilnehmenden:

Soll eine staatliche, eine universitäre Abschlussprüfung oder eine verzahnte Prüfung (wie derzeit bei der ersten juristischen Prüfung) stattfinden?

Hier ist Platz für Notizen

2. Integration in das Bologna-System

Bei Abkehr von staatlichen Prüfungen muss das Staatsexamen durch eine andere Art Abschlussprüfung ersetzt werden. Neben dem Diplom, das derzeit häufig mit Abschluss des ersten Staatsexamens verliehen wird, ist insb. eine Eingliederung in das Bologna-System denkbar. Aber auch unabhängig von dem Fortbestehen einer Staatsprüfung ist es sinnvoll, über die Integration des rechtswissenschaftlichen Studiums in das Bologna-System zu diskutieren.

Bachelor- und/oder Masterabschlüsse sind europaweit vereinheitlicht. Eine Annäherung an das Bologna-System kann folglich die Internationalisierung der Ausbildung fördern, indem durch das sog. Credit-Point-System bessere Anrechnungsmöglichkeiten eröffnet werden. Zudem bietet gerade der Bachelor die Möglichkeit einen akademischen „Zwischenabschluss“ vor dem ersten Staatsexamen zu etablieren, was den psychischen Druck vor dem Examen senken und erweiterte Berufschancen für studentische Hilfskräfte eröffnen kann.

Kritik an der Integration von Bachelor- und/oder Masterabschlüssen in bestehende Staatsexamensstudiengänge besteht vor allem bzgl. des Einführungsaufwandes und dem angeblich verschwindend geringen Nutzen für Studierende. Zudem wird häufig ein Abfall des Niveaus in den Staatsprüfungen befürchtet.

Auftrag an die Workshopteilnehmenden:

Soll eine Integration in das Bologna-System erfolgen?

Hier ist Platz für Notizen

3. Einheitsjurist:innen vs. Ausbildung nach Fachsäulen oder Berufen

Ein Faktor für die umfangreichen Staatsexamensprüfungen ist die Masse an Prüfungsstoff, der am Ende unseres Studiums idealerweise beherrscht werden soll. Hier stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, an der volljuristischen Ausbildung festzuhalten und von Studierenden Kenntnisse über alle Rechtsgebiete zu verlangen. Denkbar ist, die Ausbildung nach Fachsäulen oder Berufsfeldern auszurichten (laufbahnorientierte Ausbildung).

Ein Vorteil liegt unstreitig in der Verringerung des Prüfungsstoffes. Zudem können die Studierenden fachspezifischer oder berufsspezifischer ausgebildet und so besser auf die Praxis vorbereitet werden.

Eine solche Aufteilung des Prüfungsstoffes auf verschiedene Ausbildungsstränge bietet allerdings weniger Flexibilität im späteren Berufsleben. Auch wenn ein Wechsel zwischen den Fachsäulen unwahrscheinlich ist, finden doch häufig Wechsel zwischen den Berufsfeldern statt (z.B. von Professor:in zu Richter:in und umgekehrt), die bei einer berufsspezifischen Ausbildung nicht mehr möglich wären. Auch die Rechtsordnung sieht derzeit vor, dass Richter:innen, Rechtsanwält:innen und Staatsanwält:innen dieselben Grundkenntnisse beherrschen müssen. Indem alle denselben Kenntnisstand haben, soll auch die Arbeit zwischen diesen verschiedenen Berufsgruppen optimiert werden.

Auch eine Ausbildung nach Fachsäulen ist kritisch zu hinterfragen, da für die erfolgreiche Bearbeitung eines Falles das Erkennen und Lösen von Problemen aus anderen Rechtsgebieten notwendig sein kann. Eine klare Trennung der Fachsäulen ist allein mit Blick auf die mittelbaren Drittwirkung der Grundrechte oder der Bedeutung zivilrechtlicher Eigentumsverhältnisse im Strafrecht nicht möglich.

Auftrag an die Workshopteilnehmenden:

Soll an der volljuristischen Ausbildung festgehalten werden oder – zugunsten einer Stoffreduzierung – eine Ausbildung nach Fachsäulen oder Berufen erfolgen?

Hier ist Platz für Eure Notizen

II. Studieninhalte

Bei einer Reform des Jurastudiums darf eine Reflektion der Studieninhalte nicht fehlen, wo doch einer der großen Kritikpunkte des Studiums die enorme Stoffmenge ist.

1. Pflichtfachstoff

In diesem Zusammenhang ist insbesondere zu hinterfragen, ob der aktuelle Pflichtstoffkatalog hinsichtlich seines Umfangs sowie konkreten Inhalts angemessen ist. Möglich wäre beispielsweise eine Reduzierung des Pflichtfachstoffs zu Gunsten von Wahlpflichtfächern, die am Ende aber nicht Gegenstand der Abschlussprüfung werden. Auch kann überlegt werden, ob einige Inhalte vollständig aus dem Pflichtfachstoff gestrichen werden und gegebenenfalls durch andere aktuellere Themen ersetzt werden sollen.

Für einen umfassenden Pflichtfachstoffkatalog spricht, dass sich die Studierenden nach erfolgreicher Ausbildung in zahlreichen unterschiedlichen Rechtsgebieten auskennen. Dadurch werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen einzelnen Gebieten deutlich, die das Systemverständnis fördern können.

Gleichzeitig steigt die Menge des Pflichtfachstoffes in den letzten Jahrzehnten aufgrund neuer Urteile, digitaler Entwicklungen und zunehmender Globalisierung immer weiter an, selbst wenn an sich keine neuen Rechtsgebiete hinzukommen. Dies ist insbesondere dann problematisch, wenn diese immer mehr werdenden Streitstände, Definitionen sowie Meinungen für die Abschlussprüfungen auswendig gelernt werden müssen²⁸ und dadurch ein Maß erreichen, dass ein Mensch in der Regel nicht mehr erfassen kann.

Wird stattdessen künftig der Fokus anstatt auf das Auswendiglernen auf das systematische Lernen verlagert, kann argumentiert werden, dass dann eine höhere Pflichtfachstoffmenge unschädlich wäre. Gleichzeitig stellt sich jedoch auch die Frage, ob nicht gerade bei einer systematisch geprägten Lehre auf einige Gebiete des Pflichtfachstoffes verzichtet werden könnte. Denn, wer systematisch ausgebildet ist, kann sich besser in fremde Rechtsgebiete einarbeiten, sodass eine entsprechende Behandlung in der Ausbildung nicht notwendig ist. Die Frage nach der angemessenen Menge des Pflichtfachstoffes hängt somit zwangsläufig auch mit der Art der Lehre zusammen.

Bei all diesen Überlegungen rund um den Pflichtfachstoff muss bedacht werden, dass sich Änderungen unmittelbar auf die Examensvorbereitung auswirken.

²⁸ Vgl. § 5 Abs. 1 Grundsatzprogramm des BRF.

Auftrag an die Workshopteilnehmenden:

1. Ist der Umfang des Pflichtfachstoffes angemessen oder muss dieser reduziert werden?
2. Ist der Inhalt des Pflichtfachstoffes aktuell genug oder müssen neue und modernere Themen Einzug erhalten?
3. Falls eine Reduzierung/Erneuerung stattfinden soll: Welche Inhalte sollen aus dem Pflichtfachstoffkatalog gestrichen werden? Welche sollen ggf. neu hinzugefügt werden?

Hier ist Platz für Eure Notizen

2. Strukturierung der Ausbildung

In der universitären Ausbildung ist häufig der Aufbau des Pflichtstoffes nicht dienlich gestaltet, da teilweise Grundkenntnisse nicht bzw. nur nebenher gelehrt werden. In vielen Hochschulen wird sich beispielsweise im Modul „Strafrecht AT“ vertieft auf Delikte wie Mord, Totschlag, Körperverletzung und weitere Delikte eingegangen, obwohl eigentlich überwiegend der allgemeine Teil (Täterschaft & Teilnahme, verschiedene Begehungsarten, etc.) gelehrt werden soll. Durch diese Vermischung von Grundlagenkenntnissen mit besonderen Problematiken werden die Basiskenntnisse nie oder nur mangelhaft erlernt, was vielen Studierenden bis zum Ende des Studiums nachhängt. Es gilt daher, zu überlegen, an welcher Stelle des Studiums welche Module sinnvoll sind und welche Vorkenntnisse für diese notwendig sind.

Auftrag an die Workshopteilnehmenden:

Wie ist der soeben erarbeitete Pflichtfachstoff sinnvoll zu strukturieren?

Hier ist Platz für Eure Notizen

3. Vorbereitung auf die Abschlussprüfungen

Für die Vorbereitung auf die erste staatliche Pflichtfachprüfung greifen derzeit 59 % der Studierenden auf kommerzielle Repetitorien zurück; nur 22 % bereiten sich mit einem universitären Repetitorium vor.²⁹ Laut den Studierenden ist dies dem Umstand geschuldet, dass das universitäre Repetitorium nicht ausreichend auf die Pflichtfachprüfung vorbereite: Nur 6,2% gaben an, sich durch das universitäre Repetitorium ausreichend vorbereitet zu fühlen.³⁰ Dagegen fühlen sich 23,8% überhaupt nicht vorbereitet – dies entspricht beinahe dem Vierfachen.³¹

Dies zeigt eindeutig, dass viele Hochschulen aktuell nicht in der Lage sind, ihre Studierenden selbst vorzubereiten; stattdessen wandern diese lieber zu kostspieligen Privatrepetitorien ab. Dies ist sowohl aus dem Blickwinkel der Chancengleichheit als auch für das Selbstverständnis der juristischen Fakultäten problematisch, die eigentlich den Anspruch haben sollten, ihre Studierenden auch selbst auszubilden, was auch die Prüfungsvorbereitung einschließt.

Auftrag an die Workshopteilnehmenden:

1. Wie soll die Vorbereitung auf die Abschlussprüfung(en) aussehen? Welche Verantwortung trifft die Hochschulen und was müssen diese anbieten?
2. Was sind Gründe für die Unzufriedenheit der universitären Examensvorbereitung? Was machen die kommerziellen Repetitorien anders?

Hier ist Platz für Eure Notizen

²⁹ S. 40, Abbildung 60, Abschlussbericht der 4. Absolvent:innenbefragung des BRF, vgl. Fn. 8.

³⁰ Ebd. S. 45, Abbildung 67.

³¹ Ebd.

4. Spezialisierung

Die enorme Stoffbreite bringt mit sich, dass zwar viele Themen oberflächlich angesprochen werden, aber in wenigen Gebieten tiefes fundiertes Wissen vermittelt wird. Zurzeit soll das Schwerpunktbereichsstudium sicherstellen, dass während des Studiums eine Spezialisierung nach persönlichen Präferenzen stattfinden kann und zugleich wissenschaftliches Arbeiten vermittelt wird.

Doch dieser Studienabschnitt wurde gerade wegen seiner mangelnden bundesweiten Vergleichbarkeit häufig kritisiert.³² Weiterhin befürchten manche Lehrende, dass ein Schwerpunktbereichsstudium vor der ersten staatlichen Pflichtfachprüfung zu früh den Fokus auf Detailwissen verlagere. Vor Einführung der Schwerpunktbereiche war eine Spezialisierung im Rahmen von freiwilligen Seminaren möglich.

Auftrag an die Workshopteilnehmenden:

1. Soll eine Spezialisierung in der Ausbildung stattfinden?
2. Wie soll diese Spezialisierung aussehen (eigener Studienabschnitt, nur freiwillige Seminare oder anders)?

Hier ist Platz für Eure Notizen

³² Marcel Schneider, Ist der Schwerpunkt bald nichts mehr wert?, LTO vom 28.11.2019; abrufbar unter: <https://www.lto-karriere.de/jura-studium/stories/detail/reform-jura-studium-abwertung-schwerpunkt-noten-pflichtfach-trennung> (zuletzt abgerufen am 10.05.2022).

5. Praxisbezug in der Ausbildung

Der Praxisbezug wird in der universitären Ausbildung vor allem über praktische Studienzeiten von insgesamt drei Monaten hergestellt. Das eigentliche praktische Arbeiten findet erst im anschließenden Referendariat statt.

Diese klare Trennung in einen universitären und einen praktischen Teil ist kein Selbstverständnis und wurde zuletzt in den 70er Jahren kritisch hinterfragt.³³ Mit dem sog. „Loccum“ sollte die einstufige Ausbildung erprobt werden, die universitäres Studium und praktisches Referendariat miteinander verzahnt. Es ist folglich einer Überlegung wert, ob man wieder ein solches verzahntes Modell ausprobieren soll. Um den Praxisbezug schon vor dem Referendariat zu erhöhen, ist auch die Einführung eines Praxissemesters denkbar.

Zugleich sollte sich die gesamte Lehre an der Praxis orientieren, da die Studierenden genau hierauf vorbereitet werden sollen. Der Praxisbezug ist daher bei der Gestaltung jeder Vorlesung und jeder Prüfungsleistung essenziell.

Auftrag an die Workshopteilnehmenden:

1. Braucht es einen Praxisbezug in der universitären Ausbildung?
2. Falls 1. ja: Wird in der aktuellen universitären Ausbildung ein ausreichender Praxisbezug hergestellt?
3. Falls 1. ja: Wie soll der Praxisbezug aussehen? (Praktika, Praxissemester, vollständige Verzahnung = einstufige Ausbildung, etc.)

Hier ist Platz für Eure Notizen

³³ Vgl. C IV.

6. Internationalisierung

In einer Welt, in der es immer mehr Verzahnungen zwischen verschiedenen Ländern auf wirtschaftlicher und damit auch rechtlicher Ebene gibt, stellt sich die Frage, inwiefern die Ausbildung internationale Bezüge aufweisen muss.

Diese internationale Ausrichtung kann sich einerseits im Lehrstoff (ob Pflichtfachstoff oder freiwillige Angebote) niederschlagen. Dies kann insbesondere durch Lehrveranstaltungen erfolgen, die sich inhaltlich mit anderen Rechtsordnungen auseinandersetzen, aber auch durch fachliche Fremdsprachenausbildungen. Andererseits kann die Erleichterung von oder gar die Verpflichtung zu Auslandsaufenthalten gefördert werden.

Derzeit können Studierende an vielen Hochschulen nur dann einen Auslandsaufenthalt absolvieren, wenn sie dazu bereit sind, ihr Studium um die im Ausland verbrachte Zeit zu verlängern. Ein weiteres Problem ist die häufig fehlende Anrechnungsmöglichkeit der im Ausland belegten Kurse für das deutsche Jurastudium.³⁴

Viele Absolvent:innen werden es im Berufsleben überwiegend mit deutschem Recht zu tun haben und eine stärkere Internationalisierung kann – je nach Ausgestaltung – auch eine Mehrbelastung für die Studierenden bedeuten. Europäische und internationale Bezüge werden jedoch immer häufiger und sind in kaum einem Rechtsgebiet mehr wegzudenken. Zudem kann ein Verständnis von unterschiedlichen Rechtsordnungen das Systemverständnis für die eigene Ordnung schärfen.

Auftrag an die Workshopteilnehmenden:

Soll die Ausbildung international ausgerichtet werden und wenn ja, wie soll dies aussehen?

Hier ist Platz für Eure Notizen

7. Sonstige Inhalte

³⁴ Vgl. zur Teilnahme der Jurastudierenden an Auslandsprogrammen: BRF/*Franz/Wienhausen*, Abschlussbericht Arbeitskreis Juristische Ausbildung II (2021), insb. S. 15 ff.; abrufbar unter <https://bundesfachschaft.de/2022/02/abschlussbericht-arbeitskreis-juristische-ausbildung-ii-2021/> (zuletzt abgerufen am 26.05.2022).

Weitere Inhalte der derzeitigen Ausbildung sind derzeit beispielsweise die Grundlagenfächer oder die Schlüsselqualifikationskurse. Letztere sollen gem. § 5a Abs. 3 S. 1 DRiG Kompetenzen wie Verhandlungsmanagement, Gesprächsführung, Rhetorik, Streitschlichtung, Mediation, Vernehmungslehre und Kommunikationsfähigkeit vermitteln. Doch diese Softskills fehlen häufig in den Ausbildungen und werden außerhalb der designierten Schlüsselqualifikationskurse nicht flächendeckend weiter gefördert.

Hier kann zudem über weitere Inhalte nachgedacht werden, die in der juristischen Ausbildung stärker berücksichtigt werden sollen, wie Diversity-Aspekte oder verstärkte interdisziplinäre Arbeit.

Auftrag an die Workshopteilnehmenden:

Welche Inhalte müssen neben dem materiellen Pflichtfachstoff in der Ausbildung vermittelt werden?

Hier ist Platz für Eure Notizen

III. Prüfungen & Leistungsnachweise

Es ist zu erörtern, welche Arten von Prüfungsleistungen in welchem Umfang dazu geeignet sind, das Wissen und die Fähigkeiten der idealen Jurist:innen abzutesten.

1. Abschlussprüfungen

a. Prüfungsleistungen

Derzeit gibt es zwei juristische Abschlussprüfungen: Eine nach der universitären Ausbildung (Referendarexamen) und eine nach der praktischen Ausbildung (Assessorexamen). Gem. 5d Abs. 2 S. 3 DRiG sind derzeit sowohl schriftliche als auch mündliche Leistungen in der Ersten Juristischen Prüfung zu erbringen.

In der Regel müssen derzeit sechs fünfstündige Aufsichtsarbeiten in der Ersten Juristischen Prüfung absolviert werden (meist drei im Zivilrecht, zwei im Öffentliches Recht, eine im Strafrecht). Die Spanne bewegt sich allerdings zwischen fünf und sieben schriftlichen Prüfungen und ist somit nicht einheitlich geregelt. Hier ist zu überlegen, ob mehr oder weniger schriftliche Prüfungen effizienter wären. Auch der zeitliche sowie der inhaltliche Umfang der Klausuren sollten hierbei überdacht werden. Möglich sind auch alternative Modelle wie beispielsweise Examenshausarbeiten, die deutlich näher an die praktische Arbeit im Berufsleben angelehnt sein könnten.

Die mündliche Prüfung in der Ersten Juristischen Prüfung dauert derzeit ca. 45 bis 60 Minuten pro Rechtsgebiet und es werden mehrere Prüflinge (zwischen drei und fünf) gemeinsam geprüft. Auch hier ist zu überlegen, ob der Umfang erhöht oder gesenkt werden soll oder andere Prüfungsformate, wie bspw. Der Aktenvortrag, angeboten oder gar verlangt werden sollen.

Die Zweite Juristische Prüfung besteht ebenfalls aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Der schriftliche besteht in der Regel aus acht fünfstündigen Klausuren, aber auch dies ist nicht einheitlich (Spanne zwischen sieben und elf). Auch die Aufteilung auf die Rechtsgebiete unterscheidet sich stark. Auch hier kann Umfang und Inhalt überdacht werden.

b. Zusammensetzung einer Gesamtnote

Sofern sich das Ergebnis einer Abschlussprüfung aus mehreren Leistungen zusammensetzt (wie jetzt bspw. Schwerpunktgebiet und erste staatliche Prüfung), ist zu überlegen, wie sich diese Gesamtnote zusammensetzt. Hier stellt sich zum Beispiel die Frage, ob Leistungen, die im universitären Teil des Studiums geleistet wurden, neben dem Schwerpunkt in die Gesamtnote des Staatsexamens mit einfließen sollten. Denn anders als in vielen anderen Studiengängen, sind die Noten der universitären Leistungen (ausgenommen Schwerpunktgebiet) lediglich eine Zulassungsvoraussetzung zur Abschlussprüfung; für die abschließende Note sind sie jedoch komplett irrelevant.

c. Prüfungsumstände

Auch die Prüfungsumstände müssen in diesem Zusammenhang überdacht werden. Hier ist insbesondere über die Anzahl an Versuchen für die Abschlussprüfung zu diskutieren sowie darüber, wie diese konkret auszugestalten sind.

Derzeit gibt es beispielsweise flächendeckend einen fristgebundenen Freiversuch, der dafür sorgt, dass Studierende sich bemühen, so schnell wie möglich das erste Examen zu absolvieren. Diese erzwungene Eile kann jedoch auch dafür sorgen, dass Studierende auf dem Weg zur Prüfung möglicherweise wichtige Studieninhalte nicht tiefgehend genug bearbeiten. Weiterhin kann die Möglichkeit eines fristunabhängigen Verbesserungsversuchs diskutiert werden.

Auch die Möglichkeit, Klausuren abzuschichten, ist ein Konzept, das möglicherweise helfen kann, um sich tiefergehend mit einigen Gebieten auseinander zu setzen und so besser auf die einzelnen Prüfungen vorbereitet zu sein.

Ebenfalls eine Frage der Prüfungsumstände ist die Besetzung der Prüfungskommissionen in mündlichen Prüfungen. Sind diese rein männlich besetzt, sind die Notenunterschiede zwischen männlich und weiblich gelesenen Personen zu Lasten der letzteren stark ausgeprägt.³⁵ Dem kann durch mehr Frauen* in Prüfungskommissionen entgegengewirkt werden.³⁶

Weiterhin sind die Korrekturumstände zu erörtern. Beispielsweise kann eine von der Erstkorrektur unabhängige („blinde“) Zweitkorrektur eine Beeinflussung der zweiten korrigierenden Person durch das Erstvotum vermeiden.

d. Hilfsmittel

Auch die Hilfsmittel sind ein häufig diskutiertes Thema. In einigen Bundesländern ist es beispielsweise erlaubt, Markierungen und Paragraphenverweise in den Gesetzestexten zu hinterlassen, in anderen ist allein der leere Gesetzestext bei der Prüfung zulässig. Hier ist zu erörtern, ob und in welcher Form Markierungen zugelassen werden sollen. Zudem ist über eine bundesweite Vereinheitlichung nachzudenken. Insbesondere ist zu bedenken, dass im späteren Berufsleben persönliche Notizen in Gesetzestexten und Kommentaren regelmäßig verwendet werden können.

Weiterhin ist der Umfang der erlaubten Hilfsmittel kritisch zu hinterfragen. Hier kann über die Zulassung von Handkommentaren in der ersten juristischen Prüfung nachgedacht werden. Auch ein Zugriff auf digitale Datenbanken während des Examens ist denkbar. Dies könnte die Prüfungssituation realistischer

³⁵ Empirische Untersuchung zur Benotung in der staatlichen Pflichtfachprüfung und in der zweiten juristischen Staatsprüfung in Nordrhein-Westfalen von 2006 bis 2016, S. 20; abrufbar unter: https://www.justiz.nrw/WebPortal/JM/schwerpunkte/juristenausbildung/benotung_staatliche_juristische_pruefungen/180331-v_fin-Abschlussbericht-korr1.pdf (zuletzt abgerufen am 26.05.2022).

³⁶ Ebd.

gestalten und dazu führen, dass das ohnehin nachschlagbare Wissen bei der Korrektur weniger berücksichtigt wird als die strukturelle Herangehensweise oder die argumentativen Fähigkeiten. Der Fokus könnte dadurch eher darauf liegen, Problemstellungen systematisch richtig zu erkennen und mit den erlernten Softskills bestmöglich zu lösen.

Allerdings bedeuten andere Hilfsmittel nicht zugleich, dass sich die Klausuren und die Lehre im Studium verändern. Das strukturelle Problem der Leistungsüberprüfung, die Auswendiglernen belohnt, würde dadurch nicht gelöst. Zudem bergen mehr Hilfsmittel die Gefahr, dass sich Studierende weniger intensiv auf Prüfungen vorbereiten, da sie annehmen, alles nachschlagen zu können. Bei den aktuellen Aufgabenstellungen fehlt dazu jedoch meist die Zeit, wie die Erfahrungen mit den sog. „Open Book“-Klausuren in den vergangenen zwei Jahren gezeigt haben. Zudem könnten die Klausurstellenden dazu tendieren, anspruchsvollere Klausuren zu stellen, um das vermeintlich sinkende Niveau durch mehr Hilfsmittel auszugleichen.

Auftrag an die Workshopteilnehmenden:

Wie sind die Abschlussprüfungen zu gestalten, um die Fähigkeiten idealer Jurist:innen zu überprüfen und nachzuweisen?

Hier ist Platz für Eure Notizen

2. Leistungsnachweise in der Ausbildung

Weiterhin ist darüber nachzudenken, welchen Zweck Leistungsnachweise in der Ausbildung verfolgen und wie diese dem Zweck entsprechend auszugestalten sind.

a. Arten der Leistungsnachweise

Hier ist zunächst die Art der Leistungsnachweise während des Studiums zu überdenken. Anstatt langer Klausuren und mehrwöchiger Hausarbeiten könnten beispielsweise kürzere Hausarbeiten über wenige Tage, mündliche Prüfungen, Open-Book-Klausuren oder Seminare in Betracht gezogen werden.

b. Anzahl und Verteilung

Auch die Anzahl der Leistungsnachweise ist an dieser Stelle zu diskutieren. Mehrere über das Semester verteilte Klausuren könnten für eine bessere Verankerung des Erlernten durch mehr Übung und für einen Stressabbau sorgen, da sich die Studierenden so an regelmäßige Klausuren gewöhnen, anstatt in eine Hochstressphase zum Semesterende zu verfallen. Zudem kann dadurch die Lernbelastung über das Semester verteilt werden. Allerdings birgt dieses System auch die Gefahr, dass der psychische Druck, aufgrund ständiger Leistungskontrollen, das ganze Semester hinweg dauerhaft erhöht ist, was am Ende keine Entlastung bedeuten würde.

c. Hilfsmittel

Die Hilfsmittel der universitären Leistungsnachweise sollten denen im Examen möglichst ähnlich sein, aber auch hier sind Alternativen denkbar. Insbesondere könnten die während der Corona-bedingten Online-Lehre erprobten „Open-Book-Klausuren“ (also alle Hilfsmittel sind zugelassen) als regelmäßiges Prüfungsformat eingeführt werden.

Auftrag an die Workshopteilnehmenden:

1. Welchen Zweck haben Leistungsnachweise in der Ausbildung? (Wissensüberprüfung für Studierende, Bestenauslese, Zulassungsvoraussetzungen, Anteil einer Gesamtnote, etc.)
2. Wie sind die Leistungsnachweise auszugestalten, um diesem Zweck zu genügen?

Hier ist Platz für Eure Notizen

3. Benotung

Ein weiteres Problem stellt im Jurastudium die Notenskala dar. Dies verdeutlicht allein der Fakt, dass ein Prädikatsexamen hoch angesehen ist, obwohl dafür schon die Hälfte der möglichen Punkte ausreicht. Prüfungsleistungen, die besser als neun Punkte bewertet werden, sind deutlich in der Unterzahl. Nicht

grundlos hält sich das Sprichwort „18 Punkte bekommt nur Gott“. Ein Wechsel zu einer alternativen Notenskala, eine Veröffentlichung der Bewertungsmaßstäbe, mehr Transparenz in der Korrektur, konstruktive Korrekturanmerkungen sowie eine Öffnung für alternative Lösungsvorschläge können dieses Denken potenziell aufbrechen und Bewertungen nachvollziehbarer machen. Allerdings können sich dieselben Probleme auch bei neuen Notenskalen fortsetzen.

Auftrag an die Workshopteilnehmenden:

Wie sollen Leistungsnachweise und Prüfungen benotet werden?

Hier ist Platz für Eure Notizen

IV. Studiengestaltung & Didaktik

1. Regelstudienzeit

Nachdem erarbeitet wurde, welche Inhalte in der Ausbildung vermittelt werden sollen, ist zu erörtern, welche Regelstudienzeit bzw. regelmäßige Ausbildungsdauer dafür anzusetzen ist.

Derzeit beträgt die Regelstudienzeit für die universitäre Ausbildung laut § 5d Abs. 2 S. 1 DRiG fünf Jahre. Das Referendariat dauert weitere zwei Jahre, § 5b Abs. 1 DRiG. Insgesamt soll die Ausbildung heute somit offiziell sieben Jahre andauern - entsprechend länger, wenn Studierende etwaige Verbesserungsversuche schreiben oder eine Wartezeit für ihr Referendariat wahrnehmen müssen. 1923 betrug die universitäre Regelstudienzeit dagegen nur drei Jahre, das Referendariat war ebenso lang,³⁷ insgesamt also sechs Jahre. Bei der Erprobung der einstufigen Ausbildung³⁸ dauerte diese 5 ½ Jahre³⁹ und somit insgesamt weniger als beide zuvor genannten Modelle.

Je mehr Stoff vermittelt werden soll, desto mehr Zeit muss grundsätzlich eingeräumt werden, damit die regelmäßige Ausbildungsdauer auch realistisch umgesetzt werden kann. Dies wirft gerade in der aktuellen Ausbildung die Frage auf, ob die derzeit zehn Semester Regelstudienzeit für das Erlernen der enormen Menge an Pflichtfachstoff ausreichend sind, zumal die durchschnittliche Studienzeit bereits jetzt mehr als zwölf Semester beträgt. Bei einer entsprechend umfangreichen Reduzierung der Stoffmenge ist auch eine Verkürzung der Regelstudienzeit denkbar.

Auftrag an die Workshopteilnehmenden:

Welche Regelstudienzeit bzw. reguläre Ausbildungsdauer (inklusive Referendariat) soll veranschlagt werden?

Hier ist Platz für Eure Notizen

³⁷ Vgl. C. III.

³⁸ Vgl. C. IV.

³⁹ BGBl. I 1971, 1557 (1558).

2. Qualität der Lehre & Lehrveranstaltungen

Nun ist zu erörtern, welche konkreten Arten von Lehrveranstaltungen angeboten werden sollen, um das entsprechende Wissen zu vermitteln und die Studierenden angemessen auf die Abschlussprüfung vorzubereiten. Viele juristische Fakultäten bieten derzeit klassische Vorlesungen und dazu begleitende Arbeitsgemeinschaften (Kleingruppen) an. Im späteren Studienverlauf folgen Seminare und Kolloquien.

Doch gute Lehre lässt sich nicht nur durch eine gute Studienorganisation erreichen, maßgeblich ist auch eine inhaltlich qualitativ gute Lehre durch die Lehrenden. Die Rechtswissenschaften sind ein Massenstudiengang: Nicht selten sitzen in den Erstsemestervorlesungen 500 Personen oder mehr. Der Betreuungsschlüssel von Lehrenden zu Studierenden ist dadurch sehr gering und ein enger Austausch zwischen Lehrenden und Lernenden erfolgt meist nur in kleineren Arbeitsgemeinschaften oder im Schwerpunktbereich.

Massenstudiengänge müssen nicht per se etwas Schlechtes sein. Allerdings stellt sich, angesichts der Unzufriedenheit vieler Studierender mit dem Studiengang, die Frage, ob die Wissensvermittlung durch die klassischen „Vorlesungen“ das beste Mittel der Wahl ist. Vorlesungen entstammen einer Zeit, in der Bücher ein rares Gut waren und die einzige Chance, Wissen zu erlangen, war, wenn es von einer Lehrperson vorgetragen wurde. Dies hat sich jedoch schon lange gewandelt.

Lernen gelingt bei einer starken emotionalen Verknüpfung und dem aktiven Einbringen der Studierenden tendenziell besser als beim reinen passiven Zuhören. Dass der aktuelle Frontalunterricht diese Emotionen nicht weckt, zeigt sich schon daran, dass Vorlesungen über das Semester hinweg immer leerer werden.

Um den Austausch unter den Studierenden sowie zwischen Studierenden und Lehrenden zu fördern, ist es denkbar, dass Hochschulen ein größeres Augenmerk auf die Arbeit in Arbeitsgruppen, in Seminaren oder anderen Formaten setzen, in denen kleinere Gruppen gemeinsam Themen diskutieren und bearbeiten.

Eine weitere Lösung könnte das Inverted Classroom-Modell⁴⁰ sein, bei dem die Studieninhalte im Selbststudium anhand von zuvor bereitgestellten Materialien der Lehrenden erarbeitet werden. Die konkrete Anwendung des Gelernten wird gemeinsam in der Vorlesung geübt. Dies könnte dem weit verbreiteten Frontalunterricht Abhilfe leisten und für deutlich bessere Softskills sowie ein tieferes Verständnis für das Handwerk der Juristerei sorgen.

Leider hängen solche neuen Ideen stark von dem Engagement weniger innovativer und motivierter Dozierender ab. Es ist daher zu überlegen, wie die Lehrenden flächendeckend dazu animiert werden können, neue Wege zu gehen und ihre eigene Lehre kritisch zu hinterfragen. Denkbar sind hier insbesondere

⁴⁰ YouTube-Video „Spannagel: Inverted Classroom“, abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=f0tIEKutjaA> (zuletzt abgerufen am 13.05.2022).

rechtsdidaktische Schulungen und generell die Förderung eines besseren Austauschs unter den Lehrenden, beispielsweise in einem „Think Tank Lehre“ an der heimischen Fakultät.

Auftrag an die Workshopteilnehmenden:

1. Welche Arten von Lehrveranstaltungen sollen in der Ausbildung angewendet werden?
2. Was ist der Zweck der einzelnen Arten von Lehrveranstaltungen? Wie sollen diese im ausgestaltet sein?
3. Durch welche Maßnahmen kann die Qualität der Lehre (bezogen auf v.a. didaktische Kompetenzen der Lehrenden) verbessert werden?

Hier ist Platz für Eure Notizen

F. Fazit & Ausblick

Seit 150 Jahren gab es keine nennenswerte Veränderung an der Grundstruktur des Jurastudiums (siehe C). Dennoch wurden und werden die Inhalte stets mehr, sodass mittlerweile ein Vielfaches des ursprünglichen Prüfungsstoffes in dasselbe viel zu enge Korsett gezwängt wird. Dadurch wurden die Anforderungen an die Studierenden immer höher, sodass auch der psychische Druck anstieg. Und während die Abbruchquoten nach wie die der meisten anderen Studiengänge übersteigen, besteht gleichzeitig ein enormer Nachwuchsmangel, der mit den aktuellen Zahlen an Absolvent:innen nicht bekämpft werden kann.

Die Zeit der kleinen Schönheitsreparaturen an der juristischen Ausbildung ist vorbei. Was es braucht, ist eine echte Reform. Im Workshop wollen wir dafür einen ersten Grundstein legen und möglichst frei über neue Studienmodelle diskutieren. Alle Ideen und jede Kritik am Studium sind erlaubt und erwünscht.

Impressum

Herausgeber

Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.
c/o FSR Rechtswissenschaften der Universität Hamburg
Rothenbaumchaussee 33
20148 Hamburg
www.bundesfachschaft.de
info@bundesfachschaft.de

Text

Julia Gundert
Alessandra von Krause